

# Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVI/35

19. Februar 1971

Wartesaal Friedland

-----  
Bewährung nationaler Solidarität

Von Dr. Herbert Hupka SPD-MdB  
Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des  
Bundestages

Seite 1 und 2 / 79 Zeilen

Hier ist Härte geboten!

-----  
Keine Toleranz für Rechts- und Links-  
extremisten

Seite 3 / 46 Zeilen

Gift kennt keine Grenzen

-----  
Konsumentenschutz benötigt international  
wirksame Regelungen

Seite 4 und 5 / 82 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckart  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 3, Heussallee 2-10  
Postfach: 9153  
Pressenhaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 81 57 - 38  
Telex: 806 646/806 647/  
806 646 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

### Wartesaal Friedland

#### Schwärmung nationaler Solidarität

Von Dr. Herbert Hupke SPD-MdB

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages

Als eine Delegation der SPD-Bundestagsfraktion in diesen Tagen das Durchgangslager Friedland bei Göttingen besuchte, waren zwar alle Räume einschließlich zweier schnell eingerichteter Notunterkünfte bis auf den letzten verfügbaren Platz belegt, aber überall begegneten einem glückliche und zufriedene Gesichter. Viele Gründe wurden hierfür genannt: Wieder als Deutscher unter Deutschen deutsch reden zu können. - Es mit dem 13. Aussiedlungsantrag endlich geschafft zu haben. - Nach einem halben Jahr des Arbeitsplatzverlustes (aufgrund des Aussiedlungsantrages) wieder Aussicht auf einen Arbeitsplatz zu haben. - "Wir sind die Letzten unserer Familie aus Altonstein, alle anderen Familienmitglieder sind schon hier." - "Ich habe weder Verwandte noch Bekannte in der Bundesrepublik Deutschland, ich ergriff die Gelegenheit beim Schopf, mich als Deutsche aussiedeln zu lassen."

Die älteste Aussiedlerin zählte 91 Jahre. Der jüngste Aussiedler war ein vier Wochen alter Säugling.

Friedland ist die erste deutsche Station in Freiheit, aber es folgen weitere Stationen. Während der Aufenthalt in Friedland meist nur vier bis fünf Tage dauert, geht es dann in die Wohnheimlager, wie zum Beispiel nach Massen bei Uxna, wohin etwa die Hälfte der Aussiedler weitergeleitet wird. Daß in Friedland alles getan wird, den Aufenthalt nicht als typischen Lageraufenthalt empfinden zu lassen, sei gern registriert. Es ist auch gut, daß Anstrengungen unternommen werden, die Kapazität des Durchgangslagers Friedland zu erweitern, von etwa 1.000 Betten auf 1.500 Betten, und dies auch schon deswegen, weil damit gerechnet werden kann, daß Monat für Monat 5.000 bis 7.000 Aussiedler zu uns kommen werden.

Nur alle aber sollten uns Sorgen machen, wie es mit den Aussiedlern, wenn sie erst einmal den Wartesaal Friedland verlassen haben, weiter gehen wird, weiter gehen soll. Jeder weitere Lager-ähnliche Aufenthalt sollte so kurz wie möglich bemessen werden. Es ist alles daran zu setzen, daß die Aussiedler, die 25 Jahre auf den Augenblick gewartet haben, mit uns zusammenleben zu können, in unsere Gesellschaft eingegliedert werden. Aus einer Untersuchung des Landes Nordrhein-Westfalen wissen wir, daß die Eingliederung früherer Gruppen von Aussiedlern nicht wunschgemäß geblückt ist. So war zu hören, daß rund 40 v.H. der Aussiedler nicht in ihrer erlernten Beruf untergekommen waren, daß nur die Hälfte der Aussiedler die für sie, falls sie der deutschen Sprache nicht so

mächtig sind, bestimmte Förderschulen besucht hat.

Da der Besuch von Förderschulen und den dazu gehörigen Internaten bezahlt werden muß und die Bezahlung abhängig gemacht wird vom Einkommen der Eltern oder dem Einkommen des schon selbst verdienenden Jugendlichen, haben es in der Vergangenheit viele unterlassen, sich in Förderschulen anzumelden, weil das Geldverdienen gar zu verlockend war. Darum muß durch eine Novellierung des Ausbildungsförderungsgesetzes erreicht werden, daß hier jede finanzielle Barriere verschwindet, wodurch der Anreiz zum Besuch der Förderschulen bestimmt bedeutend grösser werden dürfte. Immer wieder ist daran zu denken, daß mit der Aussiedlung auf keinen Fall eine soziale Schlechterstellung verbunden sein darf, etwa aus dem Grund, weil die Sprachkenntnisse nicht ausreichen, so daß aus dem Facharbeiter von gestern heute ein Hilfsarbeiter wird.

Zur Eingliederung gehört aber vor allem eine Wohnung. Zugleich muß diese Wohnung in der Nähe des Arbeitsplatzes liegen. In Göttingen konnte die Delegation der SPD-Bundestagsfraktion gleich noch studieren, wie schwer sich die Kommunen mit der Bereitstellung von Wohnungen zusätzlich für die Aussiedler tun. Innerhalb von 14 Tagen lagen allein in Göttingen Zuzugsanträge von 50 Aussiedlerfamilien und im ganzen 200 Personen vor. Hier heißt es schnell handeln, und das wiederum bedeutet, daß die Geldmittel von Bund und Ländern fließen müssen, auch wenn sich eine Stadt wie Göttingen von sich aus bereit erklärt, bis zu 20 v.H. aus der eigenen Kasse zuzuschießen.

Zu welcher Lösung des Finanzierungsproblems es zwischen Bund und Ländern auch immer kommen wird, es darf nicht zugewartet werden. Über das jetzt schon bestehende Wohnungskontingent für Aussiedler und Flüchtlinge hinaus, das sind 20.000 Wohnungen, sollte im Vorgriff auf den Verpflichtungsrahmen für 1972 eine zusätzliche Verpflichtungsermächtigung für die gerade jetzt eintreffenden Aussiedler erteilt werden.

So notwendig auch die Erschließung der Möglichkeiten zum Besuch von Förderschulen und der beschleunigte Bau von Wohnungen sind, wir alle sind gehalten, unsere neuen Mitbürger schon jetzt als volle Mitglieder in unsere Gesellschaft aufzunehmen. Es sollte sich niemand daran stoßen, daß es heute und morgen Deutsche mitten unter uns geben wird, die nicht so gut deutsch sprechen wie wir, aber allen Anspruch haben, als Bürger gleichen Rechts geachtet und behandelt zu werden.

(-/ex/19.2.1971/ks)

Hier ist Härte geboten!

Keine Toleranz für Rechts- und Linksextremisten

Ein scharfes Vorgehen gegen Extremisten von links und rechts ist heute geboten: Das erfordert die Staatsraison. Es handelt sich zwar nur um Randerscheinungen in unserer Gesellschaft, aber auch kleine Gruppen können überaus gefährlich werden und dem demokratischen Gemeinwesen schweren Schaden zufügen. Sie verbreiten unter Schwankenden Furcht, erzeugen ein Klima der Unsicherheit und schaffen durch ihre Hetze gegen führende Politiker eine Atmosphäre, in der Mordlust gedeihen kann. So erzeugtem Haß fielen die Brüder Kennedy und der Nobelpreisträger Dr. Martin Luther King zum Opfer. Bei uns darf es nicht soweit kommen, die Erinnerung an der ersten deutschen Republik dürfen sich nicht wiederholen.

Die Gruppe Baader-Meinhoff wird nicht wegen ihrer politischen Gesinnung verfolgt, wohl aber wegen ihrer kriminellen Taten. Aus ehemaligen Idealisten wurden Terroristen und Verbrecher. Die in einem Berliner Versteck gefundenen Waffen waren gewiß nicht als Mittel politischer Überredungskunst bestimmt, sie waren beschafft worden, um Schrecken zu verbreiten, ja vielleicht sogar Menschen zu töten. Dafür gibt es überhaupt keine Entschuldigung. Auch nicht für Brandstiftung in Kaufhäusern. Das ist die Tat von Fanatikern, die sich außerhalb unserer Gesellschaft und ihre demokratische Grundordnung stellen.

Nicht nur der äußerste Linksextremismus neigt zu militanten, gewalttätigen, den Menschen bedrohende Äußerungsformen, auch die äußerste Rechte huldigt dem Prinzip der Gewalt. Erschreckende Beispiele eines hemmungslosen Fanatismus lieferte die "Aktion Widerstand". Das in Bonn ausgehobene Waffenlager läßt erkennen, was diese verblendeten Menschen, die sich als Patrioten ausgeben, im Schilde führen. Von ihnen kommen die an Bundeskanzler Brandt und an andere Spitzenpolitiker der SPD gerichteten Morddrohungen, die nicht auf die leichte Schulter genommen werden dürfen. Wer mit Mord droht, ist in der Regel auch geneigt, es nicht nur bei der Drohung zu belassen. Er führt sie auch aus, sofern sich dazu nur die Gelegenheit bietet. Der Mordversuch an Rudi Dutschke war ein solches Fanal gewesen.

Den linken und den rechten Extremisten, die sich schon im Bereich des Verbrecherischen bewegen, das Handwerk zu legen und ihnen den Boden zu entziehen, bleibt aber nicht nur die Aufgabe der Exekutive allein. Das geht alle Demokraten an. Es kann keine Toleranz gegenüber jenen geben, die versuchen, durch Mord und Terror Furcht zu verbreiten. Hier ist die volle Härte des Gesetzes angebracht und größte Wachsamkeit geboten.

(ex/ex/19.2.1971/ks)

### Gift kennt keine Grenzen

Konsumentenschutz benötigt international wirksame Regelungen

Auch die "Internationale Grüne Woche 1971" in Berlin hatte es wieder gezeigt: Die Deutschen sind Feinschmecker geworden. Zumindest sind sie begehrtlich auf Eßspezialitäten und Weine und Säfte aus allen Klimazonen des Erdballs. Kaum ein Agrar-Land dieser Erde, das nicht die ungeheure Expansion der Nahrungsmittelimporte der Bundesrepublik zur Kenntnis genommen hat und nun versucht, hier lukrative Märkte für Fleisch- und Milchprodukte, für Fisch-, Obst- und Gemüsekonserven, für Frischobst und -gemüse, für Gewürze, keine aus- oder aufzubauen. Champignons aus Taiwan sind dem bundesdeutschen Konsumenten ebenso selbstverständlich wie Kaviar vom Kaspischen Meer, Känguruh-Fleisch aus Australien, Thunfisch aus der Japanischen See, Gänse aus Polen, Radieschen und Pfirsiche aus Kalifornien, Erdbeeren aus Israel. Keine Frage: die Bundesrepublik ist zu einem der interessantesten Absatzgebiete für Agrar-Produzenten geworden.

Wenige Tage nach Beendigung der "Internationalen Grünen Woche" wurde der hessische Minister für Landwirtschaft und Umweltschutz, Dr. Werner Sest - erst seit November 1970 in diesem erstmals in der Bundesrepublik geschaffenen Ressort - gefragt, welche Möglichkeiten die Bundesrepublik habe, um Nahrungsmittelimporte jener Kontrolle zu unterwerfen, die ein ausreichender Verbraucherschutz erfordere. Die Antwort deutete die Erwartung an, daß die ausländischen Exporteure die notwendige Sorgfalt im Interesse der Verbraucher in der BRD walten lassen.

Inzwischen aber ist zu hören, daß Gift keine Grenzen kennt. Das 1939 von dem Schweizer Chemiker Dr. Paul Müller entdeckte DDT (Dichlor-Diphenyl-Trichloräthan) - er hatte dafür den Nobelpreis erhalten! - wird jetzt als lebensbedrohendes Insektizid angesehen, das nicht nur z.B. die Verursacher der Malaria bekämpft, sondern sich auch im tierischen und auch menschlichen Organismus anreichert und kaum wieder abgebaut wird. Die ersten Alarmnachrichten über das DDT kamen schon in den 50er Jahren aus den USA. Vor einigen Jahren wurde in einer deutschen Klinik bei einer Routine-Obduktion eines gleich nach der Geburt gestorbenen Kindes in dessen Zellgewebe das giftige Insektizid in einer Konzentration festgestellt, die allenfalls bei Erwachsenen als tragbar angesehen wird. Das giftige DDT kann also über den mütterlichen Organismus in den Kreislauf noch Ungeborener dringen. U.a. wurde weiter festgestellt, daß Pelikane an der kalifornischen Pazifikküste unfruchtbar wurden, weil sie mit DDT vergiftete Fische fraßen. Diese wiederum hatten sich von dem Plankton ernährt, das in dem mit DDT angereicherten, von den Obstplantagen herabgeflommenen Regen-Meeres-Mischwasser gedieh. Kühe, die mit DDT gespritztes Grünfutter oder Silage fressen,

lagern das Schädlingsbekämpfungsmittel in ihrem Fettgewebe ab, wobei es auch in die Milch eindringt. Auf deutschen und ausländischen Wöchnerinnenstationen fand man in der Muttermilch einen DDT-Gehalt, der nicht mehr als gesundheitlich unbedenklich gilt. Vom 15. Mai 1971 ab ist in der BRD die Anwendung von DDT in der Landwirtschaft verboten. In den USA gilt dieses Verbot schon länger und es soll dort noch ausgedehnt werden für die Verwendung von DDT zum Schutz der Baumwolle gegen Schädlinge.

Schaden am Leib droht den Genießern der Nahrungsmittel aus aller Welt und unserem Lande auch aus den Meeren und den Flüssen. In Japan, den USA, Kanada und Schweden z.B. sind die Flüsse mit Quecksilber verseucht, und die darin lebenden Fische nehmen das Gift auf. Die amerikanischen Gesundheitsbehörde hat eine Million Dosen Thunfisch wegen des Quecksilbergehaltes für den Verkauf gesperrt. Vom Kaspischen Meer wird Kaviar in die BRD exportiert. Doch das Störfrisch geht dort wegen der Wasserverschmutzung durch Öl und Rückstände der Raffinerien mehr und mehr zurück. Quecksilber wird u.a. auch zum Beizen von Saatgetreide benutzt. Eine Folge: Es wird bereits davor gewarnt, Fasanen, die in Saatgetreide aus der Ackerkrone picken, auf den Tisch zu bringen. Die Antibiotika-Mittel, die z.B. Kälber, Schlachthähnchen usw. schneller wachsen lassen, sind ein anderes Sorgenkapitel.

Die Schädlingsbekämpfung bei der "Grünen Revolution" in der Dritten Welt ist einer der wichtigsten Erfolgsfaktoren. Bisher ist aber kaum bedacht worden, was die Schädlingsbekämpfungsmittel und die notwendige, starke Verwendung von Kunstdünger für nachteilige Folgen haben können. Der Umweltschutz muß daher in der Entwicklungspolitik einen wichtigen Platz erhalten, damit die Agrarstaaten der Dritten Welt von vorne herein vor Versäumnissen bewahrt bleiben, die die Industriewelt hat geschehen lassen.

Verbraucherschutz braucht also auch Gesetze oder Vereinbarungen, die über die Grenzen wirken. Ein Verbot des DDT in der Bundesrepublik wird die Tabak-Exportstaaten nicht hindern, weiterhin ihre Tabakpflanzen mit DDT zu bespritzen, und wird die Exportländer von Zitrusfrüchten usw. nicht abhalten, den Export der Plantagen durch Bekämpfungsmittel hoch und also einträglich zu halten. Die angekündigte "Höchstmengenverordnung", die theoretisch den Import vergifteter pflanzlicher Nahrungsmittel verhindern soll, muß erst in der Praxis ihre Bewährung bestehen, ehe die Verbraucher hierzu-lande ganz beruhigt sein können.

Heinz Ockherdt

(-/ex/19.2.1971/ks)